Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: **Bonn:** M. Cohen. — **Bremen:** E. Schlotte. — **Stettin:** S. Salomon. — **Frankfurt a. M.:** G. L. Daube & Co. Jäger's Buchhandlg. — **Hamburg:** Haasenstein & Vogler, Joh. Nordbaar, Adolf Steiner. — **Gleiwitz:** G. Müller. — **Halle a. S.:** J. Barck & Co. — **Magdeburg:** Robert Kiese. — **Minden:** C. Marowski. —

Wien: A. Opelick, Stubenbastei 2. — **Amsterdam:** A. Delamar Ann., Spuistraat 184. — **Frankreich:** G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — **England:** G. L. Daube & Co. in London, 30 Flast Street. — **Polen und Russland:** Rajchmann & Frendler in Warschau, Senatorenagasse 29.

Nr. 80. **Berlin, Dienstag den 17. Februar 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48. SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Für den Monat **März** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **M. 2.50.** — Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in **Potsdam** bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 19, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 17. Februar.

Der Reichstag hat nunmehr nach fünftägiger Diskussion die Angelegenheit der Getreidezölle bis zu einem ersten entscheidenden Stadium gefördert. Selten hat eine Debatte günstigere Gelegenheit geboten, die Kampfweise der sich gegenüberstehenden Parteien zu charakterisiren, als diese.

In äußerster Kraftanstrengung suchte die freihändlerisch-demokratische Linke zu verhindern, daß ein Damm aufgerichtet werde, bestimmt, die verkehrtwerdende Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Nahrung und Prästationsfähigkeit zu schützen. Die Erregtheit und der Ton der Redeweise, in der diese Versuche gemacht wurden, sind ursprünglich außerhalb des Parlaments angeschlagen worden, und zwar zuerst und hauptsächlich in der Manchesterzwecken dienstbaren Presse.

Als der Charakter der gewählten Kampfweise — nicht der Widerstand an sich — als demagogisch, aufwieglerisch bezeichnet wurde, zeigte man sich tief „entrüstet" und diese „Entrüstung" nahm in den antikornzöllnerischen Reden der letzten Tage einen bedeutenden Raum ein.

Das einzige Argument von irgend welchem Belange, das die Gegner vorzubringen hatten, war die behauptete Vertheuerung des Brotes, der „Zoll auf Blut" — wie Herr Bamberger sich ausdrückte. Dieses allein auf eine rein mechanisch-kalkulatorische Auffassung der Vorgänge des wirthschaftlichen Lebens gestützte einzige Argument läßt die thatsächlichen Vorkommnisse vollkommen unberücksichtigt; das ist nicht einmal, sondern in zahllosen Belegen und Variationen nachgewiesen und jener Seite vorgehalten worden.

Schon vor 30 Jahren hatte Deutschland höhere Getreidepreise, es hatte aber damals zugleich billigeres Brot als heute. Daß die Bewegung der Getreidepreise die der Brotpreise des Detailverkehrs nicht bedinge, daß andere Faktoren letztere bestimmen, daß namentlich niedrige Getreidepreise noch lange nicht billiges Brot bedeuten, das Alles ist durch unwiderlegliche Erfahrungsbeweise festgestellt. Und trotz alledem klammerte man sich an dieses einzig übrigbleibende Argument! Trotz alledem verarbeitete man dasselbe in der aufregendsten Manier.

Heute noch, nachdem die Mehrheit der „Erwählten des Volkes" in formalem, feierlichem Beschlusse ihren Willen kundgegeben, äußert ein Berliner Blatt manchesterlicher Observanz:

„Es fanden sich 229 gegen 113 Reichsboten, welche dem Volke den Weizen, und 192 gegen 151, welche ihm das Roggenbrot zu vertheuern den Muth hatten. Möge das Vaterland dereinst dies Votum nicht schwer zu büßen haben!"

Zunächst die Frage: Wo bleibt auf jener Seite die Achtung vor der Majorität, die Achtung vor den Beschlüssen des Reichstages?

Dann aber die weitere: hat man denn auf jener Seite gar kein Verständniß dafür, was es bedeute den Massen zu sagen, der Reichstag hat den Muth gehabt, Euch das Brot zu vertheuern, Eure Nahrungsquellen zu unterbinden, das Blut Eurem Körper zu entziehen? Hat der Parteifanatismus jene Seite wirklich derartig verblendet, daß man die Empfindungen verkennen kann, die man mit solchen die Wahrheit verleugnenden Alarmrufen weckt? Ist man seiner Sache so gewiß, die Geister, die man rief, wieder los werden zu können?

Wohin, so muß weiter gefragt werden, müßte solche Lebhaftigkeit der Ausdrucksweise endlich führen, wenn nicht die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes die Hohlheit der parlamentarischen sowohl, als der Parteiphrase bereits in ihrer vollen Nichtigkeit erkannt hätte?

Das ist die Kehrseite der Kampfweise, mit welcher freihändlerischerseits dort unbeletzte wirthschaftliche Maßnahmen bekämpft werden!

Der Vorstand des konservativen Vereins der Stadt Brandenburg a/H. hat nachstehende Adresse an den Herrn Reichskanzler gerichtet:

„Ew. Durchlaucht wollen dem ehrerbietigst unterzeichneten Vorstand des konservativen Vereins hierselbst gestatten, im Namen des letzteren Ew. Durchlaucht aufrichtigen Dank zu sagen für Dochderen mannhaftes Eintreten zu Gunsten der nothleidenden Landwirthschaft. Wir fühlen uns hierzu noch in letzter Stunde gedrungen, um Zeugniß dafür abzulegen, daß die hierorts seitens der freisinnigen Partei abgefandte Petition gegen die Getreidezölle durchaus nicht der Ausdruck der Gesinnung aller Brandenburger Bürger ist."

Dem Herrn Reichskanzler ist nachstehendes Telegramm de dato Prenzlau, 6. Februar, zugegangen:

Eurer Durchlaucht sprechen wir im einstimmigen Auftrage des heute durch 400 Bauern der Uckermark gegründeten, auf der Botschaft St. Majestät des Kaisers stehenden uckermärkischen Bauernvereins für die bisherige wohlwollende Unterstützung unseres Gewerbes den tiefgefühltesten Dank aus. Eure Durchlaucht wollen in Erwägung des steigenden Nothstandes in der Landwirthschaft aus berechtigter Erhöhung der Einfuhrzölle auf Getreide und Vieh, sowie deren Fabrikate, durch Einführung einer zweckentsprechenden Besteuerung des Kapitals, besonders der Börse, durch Herbeiführung einer internationalen Doppelwährung und gleichmäßigere Vertheilung der Staats- und Gemeindelasten auch fernerhin hochgeneigtest thatkräftigst unterstützen."

Der **Reichstag** beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung, zu welcher auch der Reichskanzler Fürst von Bismarck um 2 Uhr erschien, zunächst mit dem aus dem Hause eingebrachten Sperrgesetzentwurfe. Die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes wurde nach Lage der Sache prinzipiell von keiner Seite bestritten. Eine Meinungsverschiedenheit zeigte sich aber darüber, ob und inwieweit die vor dem 1. Februar a. c. abgeschlossenen Lieferungsverträgen eine besondere Berücksichtigung einzuräumen sei. Ein Antrag des Abg. Richter (deutschfr.), die zweite Berathung des Entwurfs von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt und bei Schluß der Redaktion in die zweite Berathung eingetreten, zu welcher zahlreiche Abänderungsanträge und ein Zusatzantrag vorliegen.

Das **Abgeordnetenhaus** beendigte heute die Berathung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Derselbe wurde sowohl im Ordinarium, wie im Extraordinarium in fast allen seinen Positionen nach den Beschlüssen der Budgetkommission erledigt. Nur die Position der einmaligen Ausgaben, zur Erbauung eines definitiven Stationsgebäudes auf Bahnhof Uelzen in Hannover, erste Rate, 100,000 M, welche die Kommission gestrichen hatte, wurde, nachdem der Vertreter der Staatsregierung die Unzuträglichkeiten der dortigen Bahnhofsanlage ständen bezeichnet, wieder hergestellt. Der Nachweis über die Verwendung des in dem Eisenbahnetat pro 1883/84 vorgesehenen Dispositionsfonds von 1,500,000 Mark wurde durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Antrag des Abg. v. Huene wegen Uebertragung der Erträge aus den Landwirthschaftlichen Zöllen auf die ländlichen Kommunen; Petitionen und kleinere Gegenstände).

In der Denkschrift Friedrichs des Großen „Versuch über die Regierungsformen und Regentenpflichten" ist folgender Satz enthalten, der es verdienen dürfte, der heutigen Zeit in Erinnerung gebracht zu werden:

Die große Kunst besteht darin, diese Gelder (Steuern) zu erheben, ohne die Bürger zu drücken. Damit die Steuern gleich vertheilt und nicht willkürlich werden, macht man Kataster, welche genau klassifizirt die Abgaben nach Verhältniß der Mittel der Einzelnen vertheilen. Dies ist so nothwendig, daß es ein unverzeihlicher Fehler im Finanzsystem sein würde, wenn die schlechte Vertheilung der Lasten den Lohn der Arbeit verringern würde; es muß dieser vielmehr nach Entrichtung der Gebühren mit seiner Familie noch in einem gewissen Wohlstand leben können. Weit entfernt, die Pflegeväter des Staats zu unterdrücken, muß man sie ermuntern, ihre Aecker gut zu bestellen, denn in dem Landbau besteht der Reichthum des Landes. Der Erdboden liefert die nothwendigsten Lebensmittel, und die, welche ihn bearbeiten, sind, wie ich schon sagte, die eigentlichen Pflegeväter der Gesellschaft.

Man wird mir einwenden, Holland bestehe, ohne daß seine Felder den hundertsten Theil von dem einbringen, was es verbraucht. Ich erwidere darauf, daß dies ein kleiner Staat ist, in welchem der Handel den Ackerbau ersetzt. Je größer aber ein Reich ist, um so nothwendiger ist es, zur Pflege des Landbaues zu ermuntern.

Die „Kölnische Zeitung" berichtet:

Unter dem Vorsitz des Herzogs von Ratibor fand am Samstag Abend eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses statt, welcher von dem ersten Zentralkomitée für die Bismarckgabe bestimmt worden ist. Außer den Präsidenten von Wedell und v. Köller, Professor Dr. Gneist, Seehandlungspräsidenten Rötger, den Geh. Kommerzienräthen Schwabach und Mendelssohn und anderen in Berlin wohnenden Herren nahmen von den Reichstagsmitgliedern die Herren v. Bötticherth, v. Benda, Dr. Buhl, Kalle, Dr. Marquardsen, Dr. Meyer-Jena und das frühere Reichstagsmitglied v. Poggenroggow an der Berathung theil. Sowohl die beim Bureau eingegangenen und von dem Herrn Vorsitzenden vorgetragenen Mittheilungen als die Berichte der einzelnen Komitémitglieder bewiesen, mit welchem Eifer in ganz Deutschland das Werk gefördert wird und wie fast überall Männer aller Parteien sich dafür thätig zeigen. In Baiern, wo nach der Landesgesetzgebung für Sammlungen dieser Art eine besondere königliche Erlaubniß nothwendig, ist diese selbe mittlerweile ertheilt worden; selbst in Sachsen, wo dort in einer Reihe von Städten besondere Komités entstanden. In anderen Staaten hat man es mehrfach für zweckmäßig erachtet, ein allgemeines Landes-Zentralkomité einzurichten, so namentlich in Hessen und Württemberg. Es ist schon früher in den Blättern bekannt geworden, daß München neben seiner Betheiligung an der allgemeinen Bismarckschen Ehrengabe als einer der Hauptsitze der deutschen Kunstpflege noch auf ein besonderes künstlerisches Ehrengeschenk bedacht ist und durch eine lokale Feier mit großem Festzuge den Geburtstag des Reichskanzlers verherrlichen will. Auch von den Deutschen im Auslande lagen erfreuliche Nachrichten über die Aufnahme und den Fortgang des Unternehmens vor. Nachdem jetzt die kleinen Mißverständnisse und Schwierigkeiten alle glücklich beseitigt sind, welche aus dem gleichzeitigen und verschiedenartigen Auftreten des Gedankens anfangs entstanden waren, darf an dem vollen Gelingen dieses Zeugnisses nationaler Dankbarkeit nicht gezweifelt werden.

In einem Sitzungszimmer des Herrenhauses begannen heute die Verhandlungen des **Zentralvorstandes deutscher Arbeiterkolonieen.** Die Versammlung ist zahlreich aus allen Theilen des Reiches besucht. Im Auftrage der Minister des Innern und des Kultus 2c. wohnten die Geh. Ober-Regierungsräthe Dr. v. Bitter und Dr. Barckhausen den Verhandlungen bei, außerdem auch der Ehrenpräsident des Zentralvorstands deutscher Arbeiterkolonien Herzog von Ratibor, der Wirkliche Geheime Rath v. Schwieling-Reichenbach und der Landesdirektor der Provinz Brandenburg Frhr. v. Levetzow. — Der ständige Vorsitzende Graf v. Zieth en-Schwerin eröffnete die Sitzung mit Worten herzlichster Begrüßung und ersuchte den Konsistorialrath Dr. Richter-Breslau und den Frhrn. v. Bodelschwingh-Bethel bei der Leitung der Verhandlung zu unterstützen. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wurde in die Tagesordnung eingetreten und bildete den ersten Gegenstand derselben „die Entlassung der Kolonisten wegen schlechten Betragens", worüber Pastor Dr. Stursberg-Düsseldorf referirt. Darnach existiren augenblicklich in Deutschland 10 Arbeiterkolonieen, und zwar seien dies: Wilhelmsdorf-Westfalen, Kästorf-Hannover, Rickling-Schleswig-Holstein, Friedrichswille-Brandenburg, Seyda-Provinz Sachsen, Dornabat-Württemberg, Daulsberg Ditenburg, Wunsche-Schlesien, Meierei-Pommern und Karlshof-Ostpreußen; in allen diesen seien seit ihrem Bestehen (1 bis 14 Jahren) bis zum 1. Februar dieses Jahres im Ganzen 6786 Pagabunden aufgenommen worden. Die Hauptschuld an diesem letzteren Uebelstande trage der Trunkteufel; daher mit aller Strenge dafür gesorgt werden müsse, daß die Kolonisten keinen Schnaps erhalten. Die Bestimmung, daß wegen schlechten Betragens entlassene Kolonisten in einer anderen Kolonie niemals mehr Aufnahme finden sollen, halte er für eine zu harte und sollten zum Mindesten Ausnahmen zulässig sein. Er beantrage daher, zu beschließen: 1. Der Zentralvorstand erachtet es für zweckmäßig, daß die Entscheidung über die Entlassung wegen schlechten Betragens in das Ermessen des an Ort und Stelle anwesenden obersten speziellen Leiters der Kolonie gestellt ist. 2. Der Zentralvorstand empfiehlt, in den Arbeiterkontrakten, bezw. Hausordnungen der Kolonie ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß die Ausweisung aus der Kolonie wegen schlechten Betragens die Aufnahme in eine andere Kolonie ausschließt und dieselbe ausnahmsweise nur dann möglich ist, wenn der Vorstand der Kolonie, welche dasselbe ausgewiesen hat, seine Zustimmung erklärt. 3. Der Zentralvorstand erachtet es für zweckmäßig, daß von jeder Ausweisung wegen schlechten Betragens der nächsten Polizeibehörde unter Angabe des Grundes der Entlassung zur weiteren Veranlassung Mittheilung gemacht werde. — Nach längerer Debatte gelangte der Antrag fast einstimmig zur Annahme.

Rundschau im Auslande.

Die **englischen** Kraftanstrengungen zur Auswetzung der durch Gordons Tod und Khartums Fall erlittenen Scharte haben in den Kolonieen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande in einem Grade erstarken lassen, daß Kanada, Neu-Süd-Wales und Victoria sich zur Stellung von Hülfstruppen nach dem Sudan erboten haben. Ob man in London auf das Anerbieten eingehen wird, steht noch dahin, doch herrscht nicht die Meinung, die auch von der „Pall Mall Gazette" verfochten wird, daß aus Annahme der Hülfsofferten für das Mutterland die moralische Verpflichtung resultire, den Sudan in dauerndes Abhängigkeitsverhältniß zu bringen. Nur unter dieser Voraussetzung dürfe man auf die Offerten der Kolonieen eingehen.

Die „Zempa"-Meldung von einem Aufstand der Somali-Neger ist schon gestern dementirt worden. Es scheint in der That, daß die Ruhe in jenem südlichsten Theil der Küstenländer des Rothen Meeres geschert bleiben werde. Daß die Regierung von Aden Vertrauen in die fortdauernde Ruhe der Küstenplätze hat, geht daraus hervor, daß augenblicklich die ganze Besatzung von Berbera und Bulhar aus 30 Polizisten besteht und kein Kriegsschiff im Hafen stationirt ist. Indessen wird in einigen Monaten eine Besatzung von Regersoldaten erwartet, die zu der früheren egyptischen Besatzung von Harar gehören. Wie man der „Köln. Ztg." aus Berbera schreibt, denkt die englische Regierung nicht daran, Harar nach dem Abzug der Egypter vollständig aufzugeben, sondern es soll die Familie des früheren Emirs von Harar wieder in die Herrschaft eingesetzt werden, aber nur dem Namen nach regieren, da englische Beamte die Aufsicht führen.

Bezüglich Osman Dignas heißt es, daß derselbe unausgesetzt in der Nähe Suakins stehe, sein Einfluß auf die Bedja-Stämme immer noch so stark wie nur je und die Nachrichten über den Abfall seiner Anhänger, ihm von feindlichen Stämmen beigebrachte Niederlagen u. s. w. fast alle erfunden und zwar von seinen eigenen Anhängern erfunden seien, um die Regierung von Suakin zu täuschen. Sämmtliche Stämme seien mit ihm verbündet und diejenigen, die unter der Maske der Treue in Suakin verkehren und Versicherungen der Loyalität geben thäten dies nur, um Waffen, Geld und Lebensmittel angeblich zur Bekämpfung der Aufständischen zu erhalten, die aber dann im umgekehrten Sinne gegen die Egypter verwendet würden, wie sich ja bei Teb, Tokar und Sinkat oft genug gezeigt habe. Dasselbe Spiel spielten im Süden die an der Nordgrenze Abessiniens wohnenden Stämme. Die Länder westlich vom Atbara hätten sich dagegen offen und ganz für den Mahdi erklärt; zwischen Blauem Nil und Atbara habe der mächtige Stamm der Schukrich die Führung. Auch die Takruris von Galabat, die zuerst dem Aufstande feindlich gegenüberstanden und zur Bekämpfung desselben von der egyptischen Regierung mit Waffen und Munition unterstützt wurden, hätten sich demselben angeschlossen. Die schwachen egyptischen Garnisonen westlich vom Atbara seien überall zu den Aufständischen übergegangen und von der Garnison von Kassala werde es jeden Tag erwartet. Man könne jetzt das ganze Gebiet außerhalb Massauahs und Suakins als im Aufstande begriffen annehmen und von einem Erlöschen desselben könne nicht die Rede sein.

Wie die Abener Blätter melden, hat König Johannes von **Abessinien** an die Statthalter der beiden Ostprovinzen Azum und Tzazega Schreiben gerichtet, in denen er ihnen mittheilt, daß die Italiener die Absicht haben, Massauah zu besetzen (was bekanntlich mittlerweile geschehen ist) und ihrem Reiche dauernd einzuverleiben. Der König bedauere es nun zwar aufrichtig, daß die Königin Victoria, die ihn erst kürzlich durch eine besondere an seinen Hof abgeschickte Gesandtschaft ihrer Freundschaft und ihres Wohlwollens sowohl gegen seine Person, wie auch gegen sein Reich habe versichern lassen, durchaus nicht die Besetzung der Stadt durch die Abessinier, welche ein unbestreitbares Recht auf Massauah habe, fast noch ermuthige, diese Insel zu annektiren. Nichtsdestoweniger freue es ihn ungemein, daß die egyptisch-muhamedanische Herrschaft an der abessinischen Küste durch eine christliche ersetzt werde. Die Statthalter werden daher aufgefordert, mit den italienischen Militair- und Zivilbehörden auf Massauah die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten.

Die **französischen** Siegesdepeschen aus Langson sind in Paris mit höherer Genugthuung aufgenommen worden und kommen dem Ministerium in mancher Hinsicht ungemein gelegen. Zu ihrer Vervollständigung fehlt nur noch ein Seesieg des Admirals Courbet, der bekanntlich mit seiner Hauptmacht ausgelaufen ist, um die Chinesen aufzustöbern. Seit mehreren Tagen munkelt man von einem beiderseitigen Zusammenstoße, ohne daß doch etwas Gewisses verlautbart. Es scheint fast, als hielten sich die Chinesen zur See besser, als ihre Kameraden auf dem Lande es zu thun vermögen.

Die Pariser Regierung soll von der englischen Polizei benachricht worden sein, daß die von ihr gemachten Nachforschungen festgestellt haben, daß Dynamit nicht allein aus Amerika, sondern auch aus Frankreich, und zwar über Calais, nach England eingeführt werde. In Folge dieser Mittheilung ordnete die Regierung Nachforschungen an, gab jedoch der Ansicht Ausdruck, daß über Calais nach England gehendes Dynamit in der Schweiz fabrizirt und nur über Frankreich befördert wird.

Ein anscheinend nur zu Baissezwecken an der Börse lancirtes Gerücht, welches von einem Vormarsch der **Russen** auf Herat wissen wollte, ist sowohl in St. Petersburg als von London aus bündig dementirt worden. Dem unbefangenen Urtheil mußte diese Aussprengung von vornherein verdächtig erscheinen, da weder die allgemeine Situation, noch die mittelasiatischen Verhältnisse darnach angethan sind, Maßregeln gleich der erwähnten glaubhaft erscheinen zu lassen. Zum Ueberfluß hat das russische Kabinet dem englischen diesbetreffs noch soeben jeden Zweifel ausschließende Erklärungen zugehen lassen.

Parlamentarisches.

* In der heutigen Sitzung der Reichstagskommission zur Vorberathung des Postsparkassengesetzes wurden die Anträge v. Mankuffel-Francke, ebenso wie § 1 der Regierungsvorlage, trotz lebhaften Eintretens der Regierungsvertreter, abgelehnt, dagegen die Resolution Schenck: die verbündeten Regierungen aufzufordern, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher durch Mitwirkung der Postverwaltungen bei Annahme, Unterbringung und Rückzahlung von Spargeldern die Vermehrung und Verbesserung der Spargelegenheiten und deren Verbreitung über das Reichsgebiet bewirkt", mit erheblicher Mehrheit angenommen.

* Aus der heutigen Sitzung der Petitionskommission ist Folgendes hervorzuheben: § 369 des Strafgesetzbuchs bedroht die Schlosser mit Strafe, welche an Unbefugte Schlüssel 2c. verfaufen. Die Innungen zu Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz wünschen Abänderung dieser Bestimmung unter Hinweis darauf, daß die Nichterfüllung dieser Strafandrohung für Händler ihnen großen Nachtheil bringe. Man beschloß, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnißnahme zu überweisen. Abg. Dr. Tröndlin wird schriftlichen Bericht erstatten. — Aus Dresden ist eine Petition eingegangen, daß auch das Gewerbe der Gold- und Metallschläger den im § 16 der Gewerbeordnung aufgeführten konzessionspflichtigen Betrieben zugezählt werden möge. Das Bedenken, daß, wenn alle die Nachbarschaft unter Umständen störenden Gewerbe der Konzessionspflicht unterstellt und eventuell auch den Städten verliehen werden sollten, der Gewerbebetrieb schwer beeinträchtigt werden würde, veranlaßt den Beschluß, die Petition für ungeeignet zur Planarerörterung zu erklären.

— Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung der Postdampfervorlage wird nach der „K. K." am Mittwoch zur Feststellung des von dem Abg. Broemel erstatteten Berichts zusammentreten.

— Die Abgg Struckmann, Scipio und Woermann haben zur zweiten Berathung der Zolltarifnovelle folgenden Antrag eingebracht. Der Reichstag wolle beschließen: dem § 3 folgenden Absatz 2 hinzuzufügen:

Von Waaren, welche unter die im § 2 gedachten Zollsätze fallen und bis zum 1. August dieses Jahres eingeführt werden, sind, sofern der Einführende nachweist, daß er dieselben vor dem 1. Februar d. J. sist und ohne die Bedingung der Erstattung des Zolls durch den Verkäufer im Falle der Erhöhung des Zolltarifs bestellt hat und daß bezüglich einer entsprechenden Menge Waaren derselben Art oder von Fabrikaten, welche aus denselben verarbeitet werden, Lieferungsgeschäfte abgeschlossen sind, welche bis zum 1. Oktober dieses Jahres erfüllt werden müssen, die vor dem gegenwärtigen Gesetze beziehungsweise dem Gesetze, betreffend die vorläufige Einführung von Aenderungen des Zolltarifs gültig gewesenen niedrigeren Zollsätze zu erheben. Die betreffenden Anträge sind binnerhalb 4 Wochen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unter Beifügung der Nachweise bei dem zuständigen Haupt-Zollamte anzumelden.

* Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung von Theilen der Zolltarifnovelle, und zwar: Nr. 1, 2, 3, 9, 10, 11, 16, 17, 19 des § 2 besteht aus den Abgeordneten: Biehl, Broemel, Buddeberg, Feuftel, Dr. Frege, Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. Gerlich, Gleim, Grivetz zu Hohenlohe-Oehringen, Dr. v. Kulmiz, Frhr. von Landsberg-Steinfurt, Vorsitzender, Letocha, Loewe, Lohren, Schriftführer, Dr. Meyer (Halle), Oechelhäuser, Penzig, Rade, Singer, Trimborn, Uhden, Dr. Witte, Stellvertreter des Schriftführers.

* Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung von Theilen des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879, und zwar: Nr. 8 des § 2 (Holzzölle betreffend), besteht aus folgenden Abgeordneten: Graf Adelmann v. Adelmannsfelden, von Carlowitz, Dieden, Dirichlet, Frhr. Göler von Ravensburg, v. Gramatzki, Stellvertreter des Schriftführers Hasenclever, Haupt, Holzmann, Krumpp, Kroeber, Maubach, Rickert, Roß, von Schalscha, Spahn, Schriftführer, Staelin, Stiller, Graf zu Stolberg-Wernigerode, Vorsitzender, v. Vollmar, Frhr. v. Wendt, Stellvertreter des Vorsitzenden.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König stattete gestern Nachmittag gelegentlich einer Spazierfahrt dem Herzog und der Herzogin von Croy-Dülmen, welche seit einigen Tagen in Berlin verweilen, im Hotel Kaiserhof einen etwa einstündigen Besuch ab. Zum Diner waren keine Einladungen ergangen, jedoch sahen die kaiserlichen Majestäten am Abend den Prinzen und die Prinzessin Wilhelm, sowie den Erbprinzen und der Erbprinzessin Reuß und andere angesehenen Personen als Gäste bei sich zum Thee im königlichen Palais. Am heutigen Vormittage hörte Se. Majestät der Kaiser und König zunächst die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Perponcher und des Polizeipräsidenten v. Madai und nahm sodann im Beisein des kommandirenden Generals des Gardekorps Generals der Infanterie v. Pape, sowie des Gouverneurs und des Kommandanten von Berlin die persönlichen Meldungen des zum Kommandeur des Ostfriesischen Infanterieregiments Nr. 78 ernannten und zu derselben Zeit nobilitirten Obersten von Wodtke, sowie des zum Kommandeur des 1. Garde-Ulanenregiments ernannten Majors Prinzen Croy und mehrerer anderer theils versetzter, theils beförderter Offiziere entgegen und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Chef des Militairkabinets Generallieutenant v. Albedyll. Nachmittags unternahm Se. Majestät der Kaiser, begleitet vom Flügeladjutanten Oberstlieutenant v. Broesigke, eine Spazierfahrt, und nach der Rückkehr von derselben nahmen die Majestäten das Diner allein ein. Am heutigen Abende findet, wie bereits bekannt, in den Festräumen des hiesigen königlichen Schlosses bei den kaiserlichen Majestäten der herkömmliche Fastnachtsball statt, zu dem etwa 1850 Einladungen ergangen sind. Zur Ballmusik ist die Kapelle des Kaiser Alexander Garde-Grenadierregiments befohlen.

* Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz empfing am gestrigen Vormittage zunächst mehrere höhere Offiziere zur Entgegennahme persönlicher Meldungen, hielt sich darauf Vorträge halten und empfing Nachmittags 5½ Uhr mit der Frau Kronprinzessin den Besuch des Herzogs und der Herzogin von Croy-Dülmen. Später sahen dann die kronprinzlichen Herrschaften den Erbprinzen und die Erbprinzessin Reuß als Gäste bei sich zum Diner im kronprinzlichen Palais und am Abend war der Kronprinz mit anderen hohen Herrschaften zur Vorstellung im Schauspielhause anwesend.

Wochen-Uebersicht

der Reichs-Bank vom 14. Februar 1885.

Aktiva (in Tausend Mark).

Metallbestand (der Bestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1392 M berechnet)	564,453	— 4,817
Bestand an Reichskassenscheinen	19,583	— 2,378
Bestand an Noten anderer Bank	11,573	+ 67
Bestand an Wechseln	379,394	— 9,966
Bestand an Lombardforderungen	46,754	— 3,023
Bestand an Effekten	25,151	— 4,846
Bestand an sonstigen Aktiven	24,894	— 249

Passiva (in Tausend Mark).

Das Grundkapital	120,000	unverändert.
Der Reservefonds	20,808	unverändert.
Der Betrag d. umlaufend. Noten	678,784	— 14,864
Die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	241,614	— 755
Die sonstigen Passiven	373	— 76

Berlin, 17. Februar 1885

Reichsbank-Direktorium.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Militairisches.] * Der Oberst von Schack, Kommandeur des 1. Großherzoglich Mecklenburgischen Dragonerregiments Nr. 17,